

REPORT

Nr. 108, November 2025

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

MEHR UNGLEICHHEIT - WENIGER POLITISCHE TEILHABE

WSI-Verteilungsbericht 2025

Dorothee Spannagel

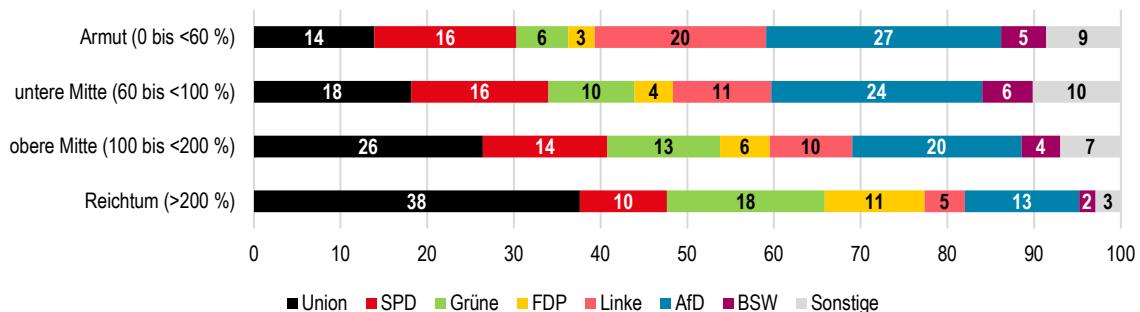


Die Einkommensungleichheit in Deutschland ist seit 2010 deutlich gestiegen – insbesondere ab dem Jahr 2018. Während die Armutskoten kontinuierlich zunehmen, bleibt der obere Rand der Einkommensverteilung weitgehend stabil. Das belegt der diesjährige Verteilungsbericht, der verdeutlicht, dass große Teile der Gesellschaft nicht vom wirt-

schaftlichen Aufschwung der 2010er Jahre profitiert haben. Zugleich zeigen neue Daten der WSI-Erwerbspersonenbefragung: Politische Teilhabe und Vertrauen in demokratische Institutionen sind stark vom Einkommen abhängig. Steigende materielle Ungleichheit kann somit zu einem Problem für die Demokratie werden.

Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2025 nach Einkommensgruppe

Angaben in Prozent



Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe. Ergebnisse sind auf ganze Zahlen gerundet.
Das amtliche Endergebnis der Zweitstimmen bei dieser Bundestagswahl ist in Tabelle 2 im Anhang angegeben.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung Welle 14, eigene Berechnungen

INHALT

1 Einleitung	3
2 Einkommensungleichheit, Armut und Reichtum: Konzepte und Kontroversen	4
3 Daten und Methoden	6
4 Entwicklung von Einkommensungleichheit, Armut und Reichtum 2010 – 2022	7
5 Politische Polarisierungen	10
6 Fazit und politische Implikationen	13
Datenanhang	18
Glossar	19



AUTORIN



Dr. Dorothee Spannagel

Referat: Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik
dorothee-spannagel@boeckler.de

Quelle:
S. Petrat

1 EINLEITUNG¹

Ausgeprägte soziale Ungleichheit, insbesondere die stark ungleiche Verteilung materieller Ressourcen, ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Dieses Themenfeld ist politisch stark umkämpft; Armut und Reichtum, die Pole materieller Ungleichheit, sind ein normativ geradezu vermintes Gelände. Dabei sind aussagekräftige, valide, auf Daten gestützte Analysen zentral für politische Entscheider*innen. Konzentriert man sich rein auf das Einkommen als eine zentrale Dimension sozialer Ungleichheit, so möchte man meinen, dass es recht einfach sein sollte, Daten darüber bereitzustellen. Umso erstaunlicher ist es, dass es nicht nur im politischen, sondern auch im wissenschaftlichen Raum große Kontroversen über Ausmaß und Gestalt der Einkommensungleichheit gibt.

Blickt man auf die Entwicklungen in einer langerfristigen Perspektive, so gibt es inzwischen einige Fakten, die als gesichert gelten können. Es ist unbestritten, dass die Einkommensungleichheit heute insgesamt höher ist als in den 1990er Jahren, und es ist gut belegt, dass diese nicht kontinuierlich, sondern in Phasen zugenommen hat. Geradezu sprunghaft angestiegen ist die Ungleichheit um den Jahrtausendwechsel, ab etwa 1998 bis Mitte des folgenden Jahrzehnts (etwa BMAS 2025; Niehues 2017). Der Anstieg beruht dabei sowohl auf steigenden Armuts- als auch auf wachsenden Reichtumsquoten: Der Anteil der Bevölkerung, der in Armut lebt, ist zwischen 1998 und 2005 von 10,3 auf 14,2 Prozent gestiegen, der Anteil der Reichen von 5,8 (1997) auf 7,9 Prozent (Spannagel/Molitor 2019, S.4). Zwei Punkte sind hierbei erwähnenswert: Einerseits ist in dieser Periode die Einkommensungleichheit in den meisten westlichen Industriestaaten deutlich gewachsen (OECD 2011). Andererseits wissen wir, dass Deutschland in Bezug auf die Stärke des Anstiegs unter all diesen Ländern einen unrühmlichen Spitzenplatz einnimmt (Hradil 2015). Die strukturellen Ursachen dieser Zunahme lassen sich folgendermaßen zusammenfassen (vgl. u.a. Biewen/Juhasz 2012; Schmid/Stein 2013): Der als Folge der Hartz-Reformen stark wachsende Niedriglohnsektor wie auch die sehr hohe Arbeitslosigkeit dieser Jahre waren ebenso Treiber des Anstiegs wie die wachsende Lohnspreizung im Zuge des technologischen Wandels. Steuerpolitische Reformen, wie die schrittweise Senkung des Spaltensteuersatzes von 53 Prozent Ende der 1990er Jahre auf 42 Prozent (ab 2005) haben verstärkend gewirkt. All dies führte zu einer stark wachsenden Ungleichheit der Markteinkommen, insbesondere der Erwerbseinkommen, bei der die Umverteilung durch Steuern und Sozialtransfers nicht mehr Schritt halten konnte. Die Folge: stark steigende

Ungleichheit der verfügbaren Einkommen. Unstrittig ist zudem, dass die Ungleichheit der Einkommen Ende der 2000er-Jahre zunächst auf hohem Niveau verharrete. So wird etwa im fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung die Entwicklung zwischen 2006 und 2011 als „Seitwärtsbewegung“ beschrieben (BMAS 2017, S.119). Wie sieht die Entwicklung seitdem aus?

An diesem Punkt setzt der diesjährige Verteilungsbericht an. Im Kern geht es um die Frage, wie sich die Einkommensungleichheit in Deutschland seit dem Jahr 2010 entwickelt hat. Gibt es mehr oder weniger arme oder reiche Menschen als noch vor zwölf Jahren? Am aktuellen Rand reichen die derzeit verfügbaren Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), die die Grundlage für die Analysen der Einkommen bilden, bis zum Jahr 2022. Es ist also möglich, einen ersten Blick darauf zu werfen, wie sich die Krisenjahre seit dem Einsetzen der Corona-Pandemie auf die Verteilung der Einkommen ausgewirkt haben. Einkommen stehen dabei indirekt für den Zugang zu einer Vielzahl von Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft.

Ein möglicher Zusammenhang tritt hier seit Jahren immer stärker in den Vordergrund: der Einfluss von Einkommensungleichheit auf den erstarkenden Rechtspopulismus sowie die Zunahme antidemokratischer Einstellungen. Wie ist das zu erklären? Der Forschungsstand zum Vertrauen zeigt, dass Menschen ihr Vertrauen in andere davon abhängig machen, wie sie deren Handeln bewerten (Uslaner 2002). Da Menschen ihre finanziellen Möglichkeiten relativ zu anderen auch als Ergebnis politischer Entscheidungen betrachten, liegt nahe, dass Menschen mit niedrigerem Einkommen ein geringeres Vertrauen in politische Akteure und das Funktionieren demokratischer Institutionen haben als Menschen mit höheren Einkommen. In diesem Zusammenhang gelingt der AfD offenbar, sich als neue politische Alternative zu verkaufen und gerade Menschen mit einem geringen Vertrauen in die etablierten politischen Institutionen anzusprechen. Die stark wachsende Unterstützung der AfD ist jedoch keineswegs ausschließlich auf Armut und Ungleichheit zurückzuführen – dennoch ist es naheliegend, dass beides zusammenhängt. Ist also ein hohes Ungleichheitsniveau, wie Diermeier und Niehues (2024) vermuten, eine Opportunitätsstruktur für Rechtspopulisten? Diese Fragen bilden den zweiten Schwerpunkt dieses Berichts. Dabei geht es nicht um eine erschöpfende Analyse dieser Fragen auf der Basis kausaler Analysen, sondern vielmehr darum, mögliche Zusammenhänge darzulegen.

¹ Für seine sehr große Unterstützung geht mein herzlicher Dank an Andreas Hövermann.

Im folgenden Abschnitt (2) werden Armut und Reichtum als zentrale Begriffe der Debatten um Einkommensungleichheit eingeführt und die aktuellen Kontroversen um die Entwicklung der Ungleichheit in den letzten Jahren nachvollzogen. Darauf schließt sich ein Abschnitt zu den verwendeten Daten und Methoden an (3). In Abschnitt 4 werden

die Ergebnisse zur Entwicklung der Einkommensungleichheit seit 2010 diskutiert. Daten zum Zusammenhang von Einkommensungleichheit und politischen Einstellungen bilden den Schwerpunkt des fünften Abschnitts. Der Bericht schließt mit einem kritischen Fazit und einem Ausblick auf politische Implikationen (6).

2 EINKOMMENSUNGLEICHHEIT, ARMUT UND REICHTUM: KONZEPTE UND KONTROVERSEN

Die Verteilung von Einkommen bildet in einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht nur eine zentrale Dimension des Lebensstandards; Einkommen sind auch eine entscheidende Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Diese umfasst materielle wie auch politische, kulturelle oder soziale Aspekte. Wichtig ist dabei, dass zumindest die Möglichkeit besteht, in all diesen Dimensionen an der Gesellschaft teilzuhaben. Ob diese genutzt wird oder nicht, ist erstmal zweitrangig. Vor diesem Hintergrund sind Einkommensarmut und Einkommensreichtum zwei Pole auf einem Kontinuum an Teilhabemöglichkeiten. Beide sind keine objektiv beobachtbaren Phänomene, es handelt sich um soziale Kategorien. Sie werden im vorliegenden Verteilungsbericht ausschließlich aus der Verfügung über Einkommen definiert.² Ein wichtiges Kriterium, um Armut und Reichtum vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten verstehen zu können, ist ihr relativer Charakter. Arm bzw. reich ist man relativ zur Gesamtverteilung der Einkommen in einer Gesellschaft. Absolute Armut lässt dieses Kriterium ebenso missen, wie die Vorstellung von „den Milliardären“ als den Reichen einer Gesellschaft. Aus einer relativen Sicht sind Armut und Reichtum immer Ausprägungen von Einkommensungleichheit. Ihre Definition ist stets sowohl mit Werturteilen als auch mit Grenzziehungen verbunden und immer willkürlich. Dennoch haben sich inzwischen in der Wissenschaft Schwellenwerte etabliert: 60 Prozent des mittleren Einkommens als Armutsgrenze, das Doppelte dieses Wertes als Schwellenwert zu Reichtum

(vgl. Abschnitt 3).³ Solche Abgrenzungen sind notwendig, um Armut und Reichtum statistisch erfassen zu können, tragen jedoch nicht der Tatsache Rechnung, dass der Übergang (arm – nicht arm; reich – nicht reich) fließend ist und Grauzonen existieren. Forschungen haben aber gezeigt, dass sich um die 60 Prozent- wie um die 200 Prozent-Schwelle herum auch qualitative Sprünge, etwa im Konsumverhalten der Menschen zeigen (Becker et al. 2022).

Oftmals ist im Zusammenhang mit der 60 Prozent-Grenze von der „Armutsriskoschwelle“ die Rede, mitunter wird auch der Begriff „Niedrigeinkommen“ verwendet (IAW 2024; Niehues/Stockhausen 2024). Diese unterschiedlichen Begriffe, die für ein und dasselbe Phänomen verwendet werden, sind ein gutes Beispiel für Armut als politisch-normative Kategorie: Jede Begrifflichkeit hierfür ist eben nicht nur ein analytisches Konzept, sondern stets auch normativ aufgeladen. Der Begriff „Niedrigeinkommensquote“ impliziert kaum politischen Handlungsdruck und auch bei dem Ausdruck „Armutsrisko“ gilt es zunächst genau zu prüfen, ob tatsächlich Armut und damit Handlungsbedarf vorliegt. Dabei ist es inzwischen empirisch gut belegt: Menschen, denen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung steht, haben nicht nur ein erhöhtes Risiko, arm zu sein, oder haben einfach nur ein geringes Einkommen, sondern sind tatsächlich arm und damit in ihren Teilhabemöglichkeiten deutlich eingeschränkt (vgl. u.a. Becker 2017; Spannagel/Brülle 2024). Im Verteilungsbericht wird daher ausschließlich das Wort Armut verwendet.

² Selbstverständlich spielen auch Vermögen im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Teilhabe eine entscheidende Rolle. Vermögensreichtum etwa ist deutlich stabiler als Reichtum, der in erster Linie auf Erwerbseinkommen beruht. Ein sehr niedriges Einkommen ist noch folgenschwerer, wenn jemand ver- oder sogar überschuldet ist. Aufgrund fehlender Daten bleibt diese Dimension im Verteilungsbericht unberücksichtigt. Lediglich Einkommen aus Vermögen (etwa Mieteinnahmen oder Dividenden) sind Bestandteil der untersuchten verfügbaren Einkommen.

³ Der Begriff „Reichtum“ wird im Text als Synonym für Einkommensreichtum verwendet.

Vor dem Hintergrund von Armut und Reichtum als indirekte, relative Indikatoren für gesellschaftliche Teilhabe wird nun aufgeführt, welche widersprüchlichen Analysen es seit 2010 zur Entwicklung der Einkommensungleichheit gibt. Fuest et al. (2021, S.28) beschreiben die Verteilung der Einkommen zwischen 2007 und 2017 als „weitgehend stabil“. Andere Autor*innen heben ebenfalls die Stabilität der Einkommensverteilung in den 2010er-Jahren hervor (Niehues 2017; Stockhausen/Maiworm 2021). Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hingegen, der Institution, die die SOEP-Daten herausgibt, schrieb im vergangenen Jahr, die Einkommensungleichheit sei in den letzten zehn Jahren gestiegen (Fratzscher 2024). Auch der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung kommt zu diesem Schluss (BMAS 2025, S.106). Eine Pressemitteilung des DIW aus dem vergangenen Jahr trägt den Titel „Niedriglohnsektor auf Tiefstand, aber Einkommensungleichheit nimmt nicht ab“ (DIW 2024). Wenn es um die aktuelle Dekade geht, fehlen weithin noch belastbare Daten. So unstrittig es ist, dass die Coronapandemie und die darauf folgenden Krisen soziale Ungleichheiten insgesamt erhöht haben – etwa mit Blick auf Bildung (Dietrich et al. 2021) oder Gesundheit (Wachtler et al. 2020) – so ungeklärt ist noch, wie sich die multiplen Krisen auf die Verteilung der Einkommen ausgewirkt haben. Auch das ist ein Thema für diesen Verteilungsbericht. Erste Analysen kommen zu gemischten Erkenntnissen: So ist zu lesen, die Ungleichheit der Einkommen sei im Jahr 2022 gegenüber 2019 „weitestgehend unverändert“ (Stockhausen 2023, S.4). Der aktuelle Sozialbericht, der vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung herausgegeben wird, kommt zu dem Schluss, dass die Einkom-

mensungleichheit zwischen 2021 und 2023 leicht gesunken sei (Kott 2024). Eine andere Studie, die zu Beginn der Pandemie durchgeführt wurde, trägt den Titel „Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt“ (Kohlrusch et al. 2020). Häufig messen solche Studien die Ungleichverteilung der Einkommen nur mit einem Indikator – in der Regel mit dem Gini-Index – und blicken nicht tiefer in die Verteilung hinein. Der Verteilungsbericht ergänzt diesen Wert um weitere Indizes, die jeweils unterschiedliche Bereiche der Verteilung besonders gut abbilden (siehe Abschnitt 3). Das ermöglicht einen umfassenderen Blick auf Veränderungen in der Einkommensverteilung.

Wichtiger Hintergrund für die Entwicklung der Ungleichheit ist auch die gesamtwirtschaftliche Lage. Im Anhang von Tabelle 1 werden dazu einige Kennzahlen dargestellt. Die Daten, die hier nicht im Einzelnen diskutiert werden sollen, beleben das Bild einer wirtschaftlich starken Dekade: Löhne und Gehälter stiegen, die Erwerbslosigkeit ging zurück, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte zum Teil kräftig zu und Erwerbstätige verzeichneten deutliche Lohnzuwächse. Das Jahr 2020 markiert eine Zäsur, die allerdings nicht so stark war, wie man zunächst vermuten könnte: Das BIP ging nur direkt im Jahr 2020 deutlich zurück und auch die Erwerbslosigkeit blieb insgesamt niedrig. Schlägt sich diese positive gesamtwirtschaftliche Lage der 2010er Jahre in einem Rückgang von Armut und Ungleichheit nieder? Bevor wir uns diesem Thema widmen, zunächst ein kurzer Überblick über die Daten und Methoden, die den Analysen zugrunde liegen.

3 DATEN UND METHODEN

Der Verteilungsbericht stützt sich auf zwei Datenquellen: das SOEP und die WSI-Erwerbspersonenbefragung. Das SOEP ist eine Panelbefragung, die seit 1984 jährlich am DIW durchgeführt wird (Goebel et al. 2019). Sie ermöglicht einen Blick darauf, wie sich Einkommensungleichheit in der langen Perspektive verändert hat. Dafür liefert das SOEP sehr gut aufbereitete Einkommensdaten – das breite Themenspektrum sowie die sehr große Stichprobe (rund 32.000 Befragte in 22.000 Haushalten) sind dabei ein großer Pluspunkt. Derzeit liegen Einkommensdaten in der für den Verteilungsbericht verwendeten aktuellen Welle (v40.1) bis zum Jahr 2022 vor.⁴

Die Daten der WSI-Erwerbspersonenbefragung ermöglichen einen Blick darauf, wie es aktuell um die politische Teilhabe steht. Es ist ebenfalls eine Panelbefragung, bei der mittlerweile 14 Befragungswellen seit Beginn der Pandemie realisiert und 5.000 bis 7.500 Befragte erreicht werden konnten. Die Grundgesamtheit der Online-Befragung bilden Erwerbspersonen ab 16 Jahren – also Erwerbstätige und Arbeitsuchende. Rentner*innen werden nicht erfasst (vgl. Emmler 2023). Da die letzte Welle (Welle 14) erst im März dieses Jahres erhoben wurde, ist sogar ein Blick auf die Wahlentscheidungen der Befragten bei der vergangenen Bundestagswahl möglich. Leider wurden in dieser Welle die Einkommensdaten nicht erfasst, die Angaben hierzu wurden aus der vorangegangenen Welle vom November 2024 übernommen. Einkommen werden nur klassiert erhoben und beruhen auf Angaben der Befragten zu monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Für die Berechnungen für den Verteilungsbericht wurden die Einkommenswerte der Klassenmitten verwendet. Alle Einkommen dieses Verteilungsberichts sind *verfügbare, äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen*.⁵ Dazu werden die Einkommensdaten in mehreren Schritten aufbereitet. Ausgangspunkt sind beim SOEP die generierten Jahresnettoeinkommen auf Haushaltsebene, bei den Erwerbspersonendaten die monatlichen Nettoeinkommen eines Haushalts. Diese werden in einem ersten Schritt mit der neuen OECD-Skala für unterschiedliche Haushaltsgrößen und -zusammensetzungen standardisiert.⁶ In einem zweiten Schritt werden die Werte dann inflati-

onsbereinigt und in Preise von 2020 umgerechnet. In den SOEP-Daten wird zudem der geldwerte Vorteil selbstgenutzten Wohneigentums hinzugaddiert. Bei der WSI-Erwerbspersonenbefragung liegen diese Angaben nicht vor.

Diese verfügbaren Haushaltseinkommen bilden die Grundlage, um die Befragten in Einkommensklassen einzuteilen. Dem oben eingeführten Ansatz folgend werden diese Klassen relativ zum *Medianeinkommen* gebildet.⁷ Die Einteilung erfolgt entlang der etablierten Grenzen: *Armut* entspricht einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medians, *Einkommensreichtum* beginnt bei mehr als dem Zweifachen des mittleren Einkommens. Dazwischen liegt die breite Einkommensmitte. Diese wird in eine untere (60 bis unter 100 Prozent des Medians) und eine obere Mitte (100 bis 200 Prozent) eingeteilt. Für einen exakteren Blick auf die Ränder der Verteilung werden zudem die Klassen der sehr Armen (weniger als 50 Prozent des Medians) und die der sehr Reichen (mehr als 300 Prozent) ausgewiesen.⁸

Vor allem mit Blick auf die Ränder der Verteilung ist ein Hinweis sehr wichtig: Selbst in den sehr umfassenden SOEP-Daten sind die äußersten Ränder untererfasst. Wohnungslose werden nicht erfasst und auch Topeinkommen sind in den Daten nicht umfassend abgebildet (vgl. hierzu ausführlich Unger et al. 2013, S. 56ff.). Aber auch wenn extreme Armut und sehr großer Reichtum untererfasst sind: Die Einkommensdaten im SOEP sind für Deutschland wohl die exaktesten Daten, um die Verteilung der Einkommen in ihrer ganzen Breite zu untersuchen. Dennoch dürften die Ungleichheitsmaße, die im Folgenden analysiert werden, das Ausmaß der Ungleichheit eher unterschätzen. Die in diesem Bericht ausgewerteten Ungleichheitsindizes werden in der Infobox erläutert. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, einen Blick auf die oben eingeführten Armuts- und Reichtumsquoten zu werfen. Ist der Anteil der sehr Reichen heute höher als im Jahr 2010? Sind heute mehr Haushalte von Armut betroffen als noch vor zehn Jahren? Diesen Fragen werden wir im folgenden Abschnitt nachgehen.

4 Die Daten dieser Welle sind für das Jahr 2023, Einkommensdaten werden aber retrospektiv für das Vorjahr erfasst.

5 Alle kursiv gedruckten Begriffe werden im Glossar des Berichts kurz erläutert (siehe Anhang).

6 Dabei erhält jede Person eines Haushalts ein „Personengewicht“: Der erste Erwachsene erhält das Gewicht 1,0, jede weitere Person über 14 wird mit 0,5 gewichtet. Haushaltsteilnehmer unter 14 erhalten ein Gewicht von 0,3. Ein Paar mit zwei Kindern unter 14 kommt somit auf 2,1 (1+0,5+0,3+0,3). Durch diesen Wert wird das Haushaltseinkommen bei der Äquivalenzgewichtung dividiert.

7 Dieses Einkommen liegt genau in der Mitte, wenn man die Haushalte nach der Höhe ihrer Einkommen sortiert. Im SOEP lag der Median der verfügbaren Einkommen für einen Einpersonenhaushalt 2022 bei 25.732 Euro im Jahr. Für die Erwerbspersonenbefragung wird der Median aus dem Mikrozensus verwendet, da diese Daten alle Bevölkerungsgruppen umfassen und damit repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind. Im November 2024, dem Zeitpunkt, an dem die Einkommensdaten in der Erwerbspersonenbefragung erhoben wurden, lag der Median für einen Singlehaushalt bei 1.734 Euro im Monat.

8 Aufgrund der geringeren Fallzahl lassen sich die Gruppen der sehr Armen und der sehr Reichen nur bei den SOEP-Daten, nicht aber in der WSI-Erwerbspersonenbefragung getrennt analysieren.

Ungleichheitsmaße

Das am weitesten verbreitete Ungleichheitsmaß ist der *Gini-Koeffizient*. Er kann Werte von 0 (alle besitzen gleich viel Einkommen) bis 1 (die Einkommen konzentrieren sich in einem einzigen Haushalt) annehmen. Je höher also der Gini-Index, desto höher die Einkommensungleichheit. Aufgrund seiner Konstruktion reagiert der Gini-Index besonders auf Veränderungen in der Mitte der Verteilung. Für das forschungsleitende Interesse ist es daher sinnvoll, weitere Ungleichheitsmaße hinzuzuziehen, die Veränderungen an den Rändern der Verteilung stärker abbilden.

Ein Maß, das besonders sensitiv auf Veränderungen am unteren Rand reagiert, ist der *Theil-Index*. Er setzt den Einkommensanteil einer Gruppe in Bezug zu ihrem Bevölkerungsanteil.

Entspricht der Einkommensanteil einer Gruppe ihrem Anteil in der Bevölkerung, nimmt der Index den Wert 0 an. Es gilt damit wie beim Gini-Index: Je höher der Wert, desto ungleicher die Verteilung.

Das Gegenstück dazu ist der *Palma-Index*, ein Ungleichheitsmaß, das besonders Veränderungen am oberen Rand berücksichtigt. Er setzt den Einkommensanteil des obersten *Dezils* ins Verhältnis zum gesamten Einkommensanteil der unteren vier Dezile. So nimmt der Palma-Index beispielsweise den Wert 2 an, wenn das oberste Dezil einen Einkommensanteil von 40 Prozent hat und die unteren vier Dezile zusammen über 20 Prozent verfügen. Auch hier gilt: Je höher der Wert, desto größer die Ungleichheit der Einkommen.

4 ENTWICKLUNG VON EINKOMMENSUNGLEICHHEIT, ARMUT UND REICHTUM 2010 – 2022

Der Gini-Koeffizient belegt klar, dass die Einkommensungleichheit im Verlauf der untersuchten Jahre zugenommen hat (Abbildung 1): Im Ausgangsjahr lag er bei 0,282; fünf Jahre später hat er einen Wert von 0,292 erreicht. Nach einer Phase der Stabilität steigt die Einkommensungleichheit ab dem Jahr 2018 erneut deutlich an. Im Jahr 2022 hat der Koeffizient mit einem Wert von 0,310 einen Höchstwert erreicht.⁹

Auch der Theil-Index, der insbesondere auf Veränderungen am unteren Rand der Einkommensverteilung reagiert, belegt eine insgesamt steigende Ungleichverteilung (Abbildung 2, linke Achse). Er steigt über den Untersuchungszeitraum hinweg von 0,144 Punkten auf 0,196.

Der Anstieg findet vor allem in der zweiten Hälfte der untersuchten Jahre statt, Anfang bis Mitte dieser Dekade tut sich hier wenig.

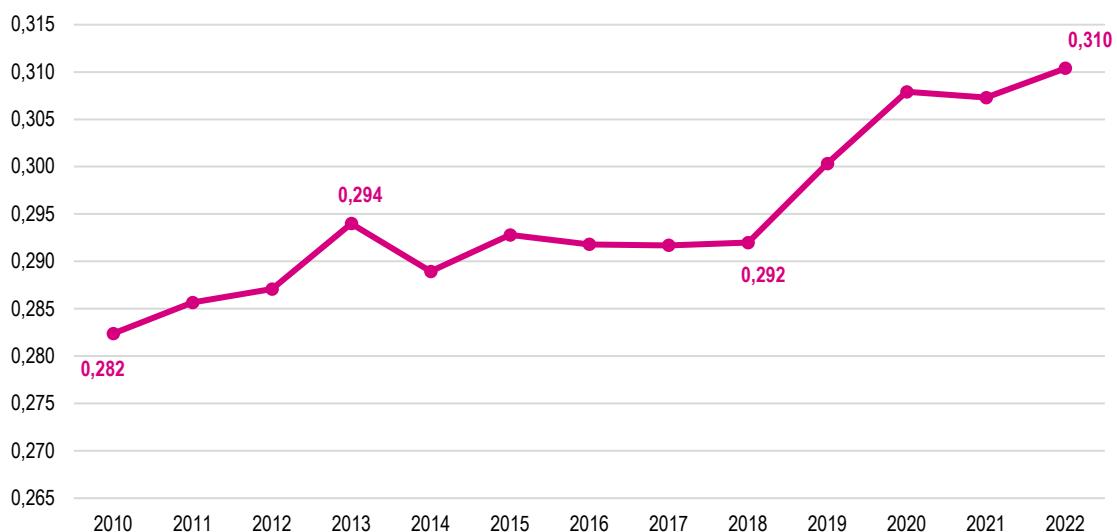
Eine ähnliche Entwicklung zeigt der Palma-Index (Abbildung 2, rechte Achse), der Veränderungen am oberen Rand der Einkommensverteilung stärker abbildet. Er steigt ebenfalls an – vor allem ab dem Jahr 2018 – und erreicht am aktuellen Rand einen Höchststand mit einem Wert von knapp 1,17; ein Anstieg von 15 Prozent und damit relativ gesehen nur halb so stark wie der Zuwachs beim Theil-Index (plus 36 Prozent).

Diese drei Indizes weisen auf zwei entscheidende Ergebnisse hin: Erstens ist die Einkommensungleichheit im Jahr 2022 höher als im Ausgangsjahr 2010 – alle Indizes erreichen in diesem Jahr Höchstwerte. Da im SOEP Daten seit Mitte der 1980er Jahre vorliegen, können wir festhalten, dass die Einkommensungleichheit seitdem nie so hoch war wie im Jahr 2022. Zweitens haben die entscheidenden Entwicklungen erst in der zweiten Hälfte der untersuchten Jahre stattgefunden, bis dahin zeigt sich eine recht große Stabilität der Verteilung.

⁹ Die Ergebnisse können von bisher publizierten Werten abweichen, da sich zur aktuellen Welle der SOEP-Daten (v40.1) die Gewichtungsfaktoren geändert haben. Sie wurden an die neue Randverteilung des Mikrozensus angepasst. Außerdem wurde ein neues, längsschnittbasiertes Imputationsverfahren bei den Einkommen eingeführt, mit dem auch rückwirkend fehlende Einkommen ersetzt werden können (vgl. Grabka 2025).

Abbildung 1

Ungleichheit der Einkommen in Deutschland, 2010 – 2022
Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen

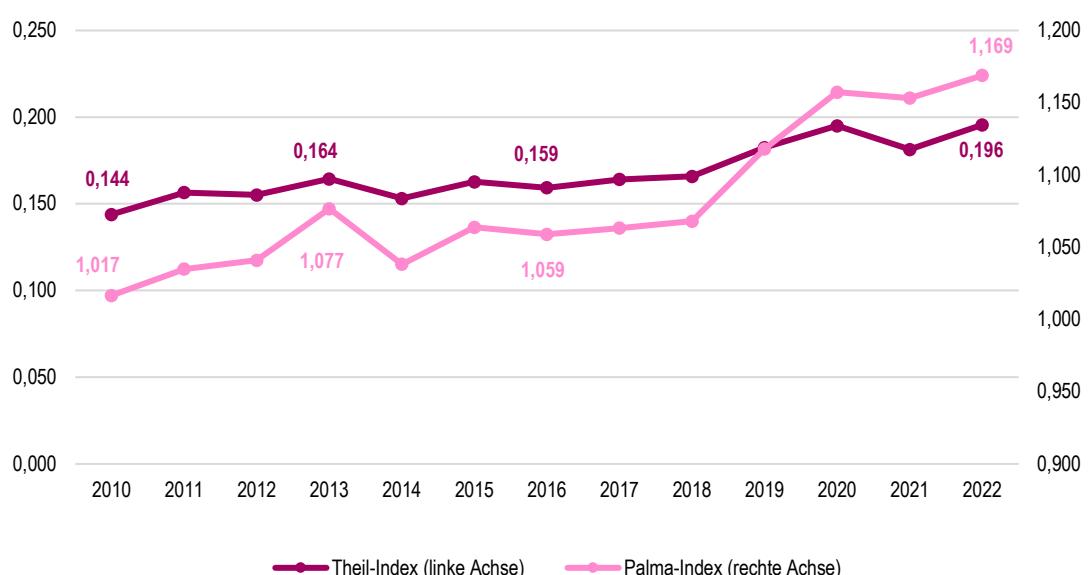


Quelle: SOEP v40.1, eigene Berechnungen

WSI

Abbildung 2

Theil- und Palma-Index der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2010 – 2022
Theil-Index linke Achse, Palma-Index rechte Achse



Quelle: SOEP v40.1, eigene Berechnungen

WSI

Dass der Theil-Index relativ gesehen stärker steigt als der Palma-Index, deutet darauf hin, dass die zunehmende Ungleichverteilung insbesondere auf Veränderungen am unteren Rand der Verteilung zurückgeht. Dieses Bild bestätigt sich im Großen und Ganzen auch in den Daten zur Entwicklung der Armuts- und Reichtumsquoten (Abbildung 3):

So hat der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, über die untersuchten Jahre hinweg zugenommen. Im Jahr 2010 waren 14,4 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen, am aktuellen Rand sind es 17,7 Prozent. Der Anstieg vollzieht sich vor allem in den Jahren bis 2015, wo die Armutsquote einen Wert von 16,5 Prozent erreicht. Danach bleibt die Armutsquote zunächst einige Jahre stabil. Der nochmals deutlich höhere Wert im Jahr 2022 beruht dann vor allem auf einem starken Zuwachs zwischen 2018 und 2019. Auch der Anteil der Menschen, die mit weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens zureckkommen müssen, die somit in strenger Armut leben, ist seit Beginn der 2010er Jahre angestiegen. Die Zunahme fällt relativ gesehen deutlich stärker aus bei der 60 Prozent-Armutsquote: von 7,9 Prozent im Ausgangsjahr auf 11,8 Prozent im Jahr 2022. Wieder gibt es Mitte der 2010er Jahre nach einem starken Anstieg in der ersten Hälfte dieser Dekade eine Phase großer Stabilität, auf die ab 2018 ein erneuter Anstieg folgt. Im Gegensatz dazu zeigt sich im Bereich des Reichtums über alle untersuch-

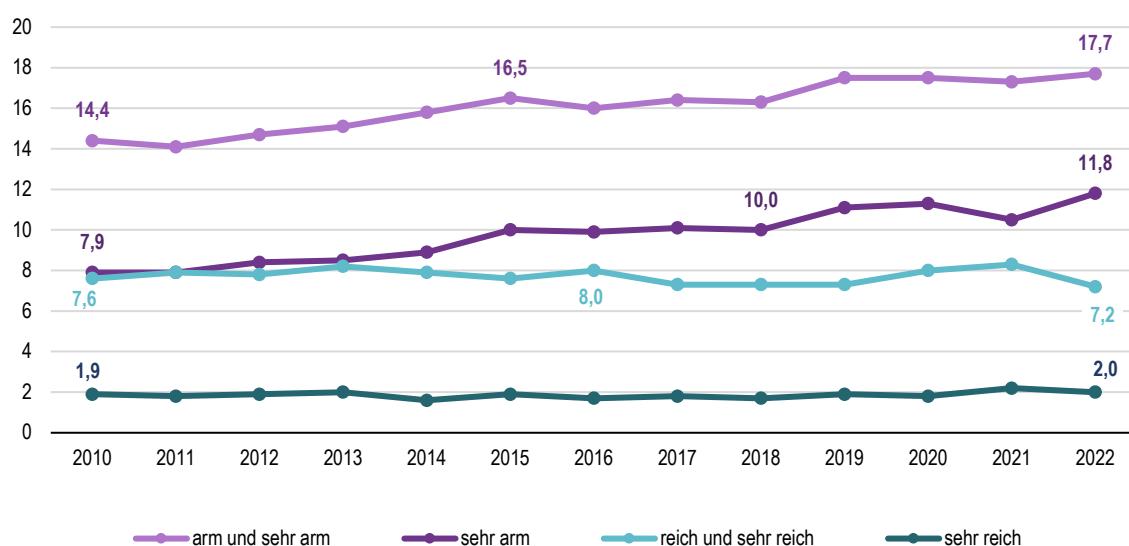
ten Jahre hinweg eine hohe Stabilität: Die Reichtumsquote steigt in Wellen leicht von 7,6 Prozent (2010) bis zum Jahr 2021 auf einen Höchstwert von 8,3 Prozent. Zum aktuellen Rand findet dann ein Rückgang auf 7,2 Prozent statt. In großem Reichtum, also mit mehr als dem Dreifachen des Medianeinkommens, leben durchgehend rund zwei Prozent der Bevölkerung. Für die untere Mitte, also alle mit einem Einkommen oberhalb der Armutsgrenze, aber unterhalb des Medians, belegen die Daten für die untersuchten Jahre einen leichten Rückgang von 35,6 Prozent (2010) auf 32,3 Prozent (2022). Die obere Mitte (Median bis unter Reichtumsgrenze) zeigt mit einem Anteil von etwa 42 Prozent eine hohe Stabilität (Daten nicht dargestellt). Die Daten legen damit nahe, dass sich die untere Mitte hauptsächlich verkleinert hat, weil Menschen in Armut abgerutscht sind, weniger weil sie in die obere Mitte aufgestiegen sind.

Die Einkommen klaffen also aktuell deutlich stärker auseinander als zu Beginn der 2010er Jahre. Gleichzeitig bestätigt sich das Bild, dass die erste Hälfte der 2010er Jahre von einer höheren Stabilität geprägt war und sich die Einkommen vor allem ab Mitte dieser Dekade auseinanderentwickelt haben. All diese Entwicklungen bleiben für das gesellschaftliche Miteinander nicht ohne Folgen. Inwiefern sie sich auch in der politischen Sphäre zeigen, sehen wir im folgenden Abschnitt.

Abbildung 3

Einkommensarmut und Einkommensreichtum in Deutschland, 2010 – 2022

Angaben in Prozent



Anmerkung: Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (Gesamtgruppe der Armen) bzw. weniger als 50 Prozent (Teilgruppe der streng Armen) leben; Einkommensreichtum beginnt ab einem verfügbaren Einkommen von mehr als 200 Prozent, großer Reichtum bei mehr als dem Dreifachen des Medians.

5 POLITISCHE POLARISIERUNGEN

Bisherige Forschungen zu politischem Vertrauen und politischer Teilhabe weisen auf einen starken sozialen Gradienten hin (etwa Elsässer et al. 2016). Auch die Daten der WSI-Erwerbspersonenbefragung, die die Grundlage für die folgenden Analysen bilden, belegen, dass es bei den politischen Einstellungen deutliche Bruchlinien zwischen den Einkommensgruppen gibt. Wir blicken dazu sowohl auf tatsächliche Wahlentscheidungen wie auch auf Aspekte des politischen Vertrauens. Zunächst wenden wir uns den Ergebnissen der Bundestagswahl 2025 zu. Abbildung 4 stellt dar, wie häufig die verschiedenen Parteien in den unterschiedlichen Einkommensgruppen mit der Zweitstimme gewählt wurden. Wir betrachten dazu die Menschen, die in Armut bzw. Reichtum leben, und vergleichen sie mit der unteren und der oberen Mitte.

Die Daten sollen hier nicht im Einzelnen aufgeschlüsselt werden. Wir wollen nur einen Blick auf auffällige Muster werfen: Je höher das Einkommen der Wähler war, desto häufiger wurden die Unionsparteien gewählt. Das gilt auf insgesamt niedrigerem Niveau ebenso für die Grünen wie auch mit nochmals weniger Anteilen für die FDP. Diese drei Parteien wurden mit Abstand am häufigsten von den Reichen gewählt. Das umgekehrte Muster, steigende Stimmanteile mit sinkender Einkommensklasse, finden wir bei SPD, Linken und AfD. Bei der Linkspartei zeigt sich dabei ein deutlicher Abstand zwischen den Stimmanteilen bei den Armen und denen der übrigen drei Einkommensklassen. Bei der SPD fällt auf, dass sie von Armen, der unteren und der oberen Mitte ähnlich oft gewählt wurde, von den Reichen jedoch deutlich seltener. Auch das BSW hat vor allem von den drei unteren Einkommensklassen Stimmen bekommen.

Wie sah das Bild bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Jahr 2021 aus – der Bundestagswahl, die noch in den Ausläufern der Corona-Pandemie stattfand und aus der Olaf Scholz als Kanzler einer Ampel-Koalition hervorging? Das ist in Abbildung 5 dargestellt. Viele der oben beschriebenen Muster gelten auch für diese Wahl: Je höher das Einkommen, desto höher der Stimmenanteil für die Unionsparteien sowie für die FDP. Umgekehrt gilt das für SPD und die Linkspartei.

Welche Veränderungen fallen gegenüber der letzten Wahl auf? Im Jahr 2021 lagen die Stimmanteile für die AfD bei den Armen und der unteren Mitte sehr nah beieinander. Das Gefälle zwischen diesen beiden Einkommensgruppen bei der Wahl im Jahr 2025 (fast drei Prozentpunkte Unterschied) zeigte sich hier noch nicht. Die AfD hat offensichtlich im untersten Einkommenssegment besonders stark hinzugewonnen. Für die Grünen zeigen die Daten, dass sie unter der armen Bevölkerung überproportional an Stimmen verloren haben. Auch die Verluste der SPD bei der Wahl in diesem Jahr sind stärker auf verlorene Stimmen bei den Armen und

der unteren Mitte zurückzuführen. Die Einbußen in der oberen Mitte sind im Vergleich geringer.

Ein markanter Unterschied zwischen den beiden Bundestagswahlen war die Rekord-Wahlbeteiligung von 82,5 Prozent bei der letzten Wahl – ein Plus von 6,1 Prozentpunkten gegenüber der Wahl davor. Spiegelt sich dieser Anstieg auch wider, wenn man sich den Anteil der Nichtwähler*innen nach Einkommensgruppen ansieht (Abbildung 6)? Für beide Wahlen zeigen die Daten einen deutlichen sozialen Gradienten.¹⁰

Bei der vergangenen Wahl haben immerhin noch sieben Prozent der Armen keine Stimme abgegeben – und das trotz der höchsten Wahlbeteiligung seit Jahrzehnten. Bei den Reichen war es nur ein Prozent. In der unteren Mitte haben knapp fünf Prozent nicht gewählt, in der oberen Mitte waren es 2,6 Prozent. Der Anteil der Nichtwähler*innen liegt in allen Einkommensgruppen niedriger als bei der vorangegangenen Wahl. Der Rückgang war aber vor allem bei den Armen besonders stark ausgeprägt. Diese Bevölkerungsgruppe konnte offensichtlich bei der letzten Bundestagswahl gut mobilisiert werden – und das offenbar insbesondere von der AfD.

Das Vertrauen in zentrale Institutionen unseres politischen Systems und unserer Gesellschaft weist ebenfalls ein ausgeprägtes Muster auf (Abbildung 7): Je niedriger die Einkommensklasse, desto höher ist der Anteil mit gar keinem oder sehr geringem Vertrauen. Das gilt für alle hier untersuchten Institutionen.¹¹ Der Polizei, der Institution, der im Vergleich noch das höchste Vertrauen entgegengebracht wird, vertrauen etwa 24 Prozent der Armen kaum, bei den Reichen sind es nicht einmal neun Prozent. Ein sehr geringes Vertrauen in die Bundesregierung ist demgegenüber deutlich stärker verbreitet, das Muster bleibt aber dasselbe: 61 Prozent der Armen haben hier kaum Vertrauen, bei den Reichen ist der Wert fast halb so niedrig. Auch für die Gerichte und die öffentlich-rechtlichen Medien lässt sich dieses Muster gut erkennen.

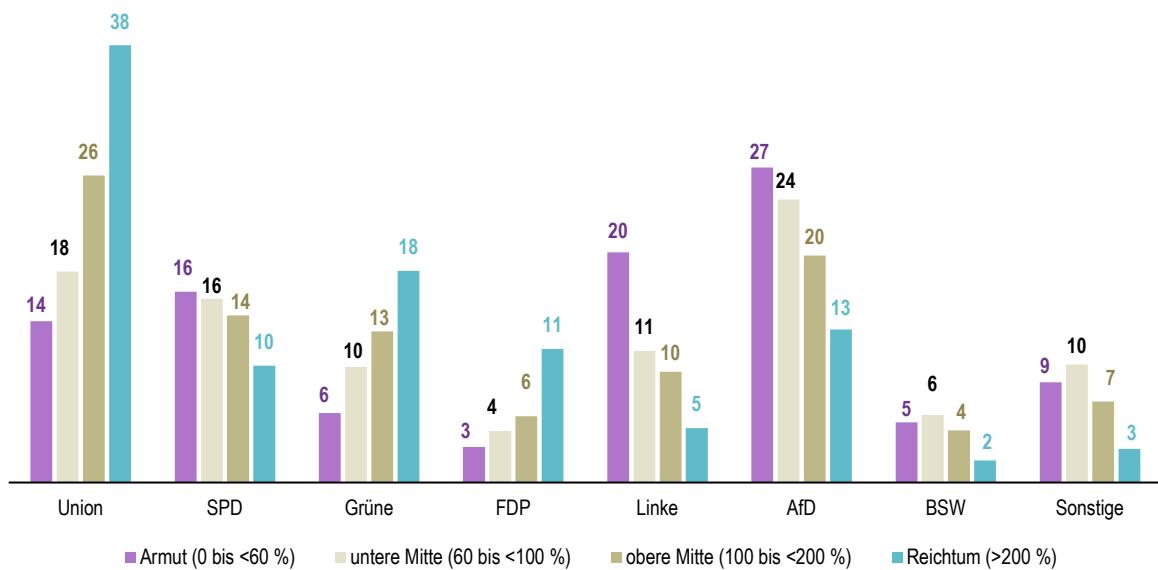
¹⁰ Die sehr hohe Wahlbeteiligung aller Einkommensgruppen, die sich in diesen Daten der Erwerbspersonenbefragung zeigt, dürfte insbesondere auf zwei Faktoren zurückzuführen sein. Einerseits darauf, dass die Stichprobe der Befragung, Erwerbstätige und Erwerbssuchende, nicht die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten abbildet. Andererseits ist es in freiwilligen Befragungen ein bekanntes Phänomen, dass die Wahlbeteiligung überschätzt wird und Nichtwähler*innen untererfasst sind (vgl. Pokorny 2022, S. 3f.).

¹¹ In der Erwerbspersonenbefragung wird das Vertrauen in weitere Institutionen wie etwa die Bundeswehr, Arbeitgeberverbände oder Gewerkschaften abgefragt. Hier zeigen sich aber für die vier Gruppen keine ausgeprägten Unterschiede.

Abbildung 4

Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2025 nach Einkommensgruppe

Angaben in Prozent, gerundet



Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe. Ergebnisse sind auf ganze Zahlen gerundet.
Das amtliche Endergebnis der Zweitstimmen bei dieser Bundestagswahl ist in Tabelle 2 im Anhang angegeben.

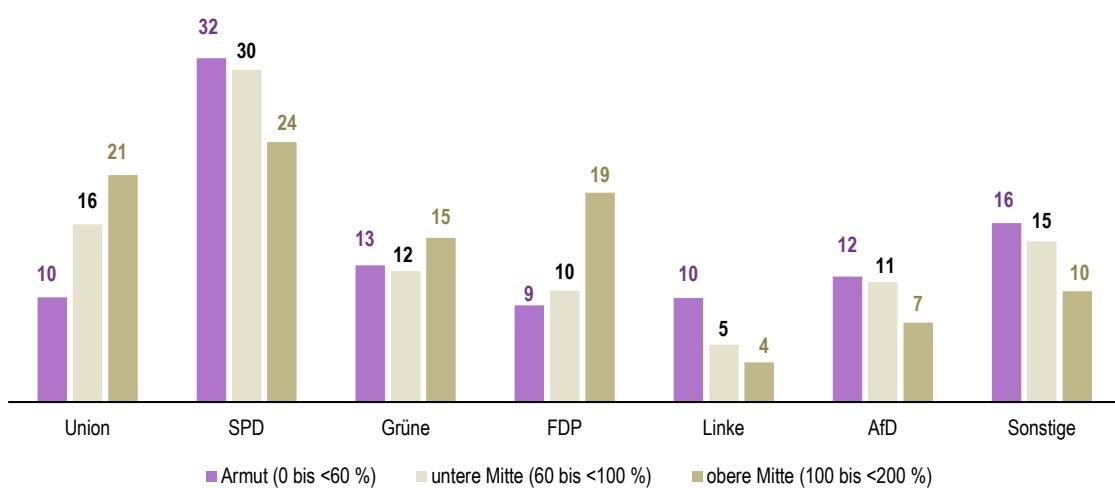
Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung Welle 14, eigene Berechnungen

WSI

Abbildung 5

Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2021 nach Einkommensgruppe

Angaben in Prozent, gerundet



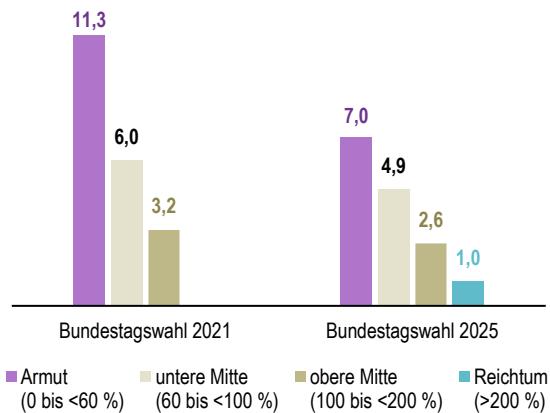
Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe. Die Gruppe der Reichen lässt sich aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht betrachten. Ergebnisse sind auf ganze Zahlen gerundet. Das amtliche Endergebnis der Zweitstimmen bei dieser Bundestagswahl ist in Tabelle 2 im Anhang angegeben.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung Welle 6, eigene Berechnungen

WSI

Abbildung 6

Anteil der Personen, die bei den Bundestagswahlen 2021 und 2025 nicht gewählt haben, nach Einkommensgruppe
Angaben in Prozent



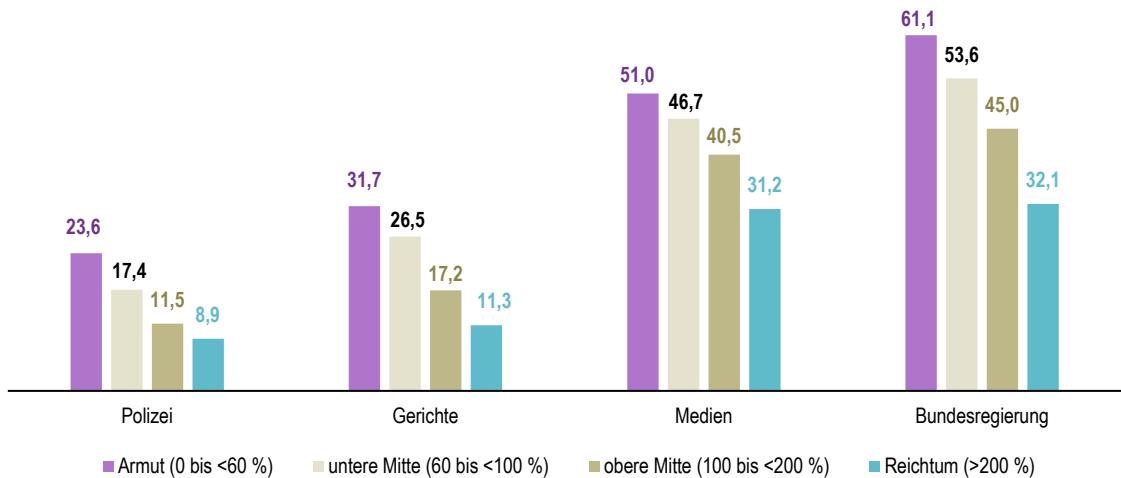
Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe. Die Gruppe der Reichen lässt sich für die Wahl 2021 aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht betrachten.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung Wellen 6 und 14,
eigene Berechnungen

WSI

Abbildung 7

Anteil der Personen mit gar keinem oder geringem politischen Vertrauen nach Einkommensgruppe, 2025
Angaben in Prozent



Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung Welle 14, eigene Berechnungen

WSI

6 FAZIT UND POLITISCHE IMPLIKATIONEN

Ausgangspunkt des Verteilungsberichts war die Frage, wie sich die Ungleichheit der Einkommen seit dem Jahr 2010 entwickelt hat. Am aktuellen Rand reichen die verfügbaren Daten bis zum Jahr 2022. Damit umfasst der Untersuchungszeitraum zwei unterschiedliche Perioden: zum einen die Dekade von 2010 bis 2019, wirtschaftlich sehr starke Jahre. Zum anderen erlauben die Daten einen, wenn auch noch etwas vorläufigen Blick darauf, wie sich die Krisenjahre seit 2020 auf die Einkommensverteilung ausgewirkt haben.

Betrachtet man Armut und Reichtum als Pole auf einem Teilhabekontinuum, so gilt: Steigt die Ungleichheit der Einkommen, steigt gleichzeitig auch die Ungleichverteilung der Teilhabemöglichkeiten. Die Frage, wie sich die Konzentration der Einkommen entwickelt, hat somit eine eminent gesellschaftspolitische Bedeutung. Umso erstaunlicher ist, dass es selbst für die Jahre 2010 bis 2019 weiterhin größere Kontroversen über den Verlauf der Einkommensungleichheit gibt. Kontroversen wohlgemerkt in der Wissenschaft, nicht nur in der Politik. Ziel dieses Verteilungsberichts ist es, etwas Licht in das Dickicht dieser Debatten zu bringen, indem verschiedene Ungleichheitsindizes betrachtet werden und nicht, wie in vielen anderen Untersuchungen, nur der Gini-Koeffizient. Die oben analysierten Daten lassen sich dabei zu drei großen Trends zusammenfassen:

Die Einkommensungleichheit ist 2022 deutlich höher als im Jahr 2010. Der Anstieg vollzieht sich dabei vor allem ab dem Jahr 2018. Davor erweist sich die Einkommensungleichheit als recht stabil. Ein differenzierterer Blick zeigt, dass die entscheidenden Entwicklungen am unteren Rand stattfinden. So steigt der Theil-Index, der besonders auf Veränderungen am unteren Rand reagiert, relativ stärker als der top-sensitive Palma-Index.

Über alle untersuchten Jahre hinweg steigt die Armutssquote insgesamt an. Das gilt ebenfalls für strenge Armut (weniger als 50 Prozent des Medianinkommens). Der Anstieg wird bei beiden Gruppen Mitte der 2010er Jahre von einer Phase größerer Stabilität gebremst. Der obere Rand der Einkommensverteilung erweist sich unterm Strich als stabil. Das gilt sowohl für Reichtum gemessen an der 200 Prozent-Grenze wie auch für großen Reichtum (oberhalb 300 Prozent des Medians).

Zusammengefasst bedeutet das: Auch während der wirtschaftlich starken Dekade der 2010er Jahre ist die Ungleichverteilung der Einkommen gestiegen, wenngleich der Anstieg bis in die Mitte dieses Jahrzehnts eher moderat ausfiel. In einzelnen Jahren ist die Einkommensungleichheit sogar leicht zurückgegangen. Die Ergebnisse lassen einen zweiten Schluss zu: Es gibt Bevölkerungsgruppen, die von dem großen wirtschaftlichen Aufschwung dieser Jahre kaum profitiert haben. Die Armutssquote steigt allein zwischen 2010 und 2015 von 14,4 Prozent auf 16,5 Prozent an, strenge Armut nimmt in diesen Jahren um über zwei Prozentpunkte zu. Der Verteilungsbericht zeigt weiter, dass ab Mitte der 2010er Jahre die Ungleichheit wieder stärker angestiegen ist. Wie kann es sein, dass es selbst in einer solchen Phase wirtschaftlicher Prosperität nicht gelungen ist, Einkommensungleichheit zu verringern und Armutssquoten zu senken?

Die Erklärungen hierfür sind vielfältig. Ein wichtiger Treiber war die nachlassende Umverteilung der Einkommen durch Steuern und Transfers (vgl. hierzu ausführlich Spannagel/Brüllé 2025): Staatliche Transferzahlungen, allen voran die Renten, haben in ihrer Ungleichheits- und armutsverringernden Kraft seit dem Jahr 2010 deutlich nachgelassen. Auch die Höhe der Leistungen der Grundsicherung sind hinter den stark steigenden Löhnen dieser Jahre zurückgeblieben. Die Folge: Sie schützen immer weniger Menschen vor Armut. Ein weiterer Erklärungsbaustein ist die weiterhin hohe Zahl prekär beschäftigter Personen (Wingerter 2024, S.138). Gleichzeitig gilt: Die Reichen haben von der guten wirtschaftlichen Entwicklung überdurchschnittlich profitiert – was die Konzentration der Einkommen am oberen Rand verstärkt hat.

Eine positive Gegenentwicklung ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015, der für viele Menschen in den unteren Einkommensgruppen zu signifikanten Einkommenssteigerungen geführt und Lohnungleichheiten verringert hat (Pusch 2024). Auch die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit in Armut leben, ging zurück (Schaubram et al. 2025, S.26). Doch Menschen außerhalb des Arbeitsmarktes wie Arbeitsuchende oder Rentner*innen haben von der Einführung des Mindestlohnes kaum profitiert.

Welche Rolle hat die Fluchtmigration seit 2015 bei all diesen Entwicklungen gespielt? Das lässt sich mit den SOEP-Daten gut untersuchen, da seit 2016 mehrere Stichproben hinzugefügt wurden, die die seit 2013 nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge erfassen. Berechnet man nun die oben gezeigten Daten ohne diese Stichproben, sieht man Folgendes: Die dargestellten Trends zeigen sich unabhängig von der Fluchtmigration. Sie fallen allerdings schwächer aus. So liegen Gini-Koeffizient wie auch Armutsquote ohne diese Bevölkerungsgruppen im Jahr 2022 um einiges niedriger (Gini: 0,306; Armutsquote 16,7 Prozent). In beiden Fällen belegen die Daten aber einen klaren Anstieg seit dem Jahr 2010 (Daten nicht dargestellt). Gleichwohl war die Migration gerade für den Anstieg der Armutsquoten ein wichtiger Faktor (vgl. auch Grabka 2025, S.669).

Ob das Einsetzen der Corona-Pandemie und mit ihr die Jahre der „Polykrisen“ eine Zäsur darstellen, lässt sich mit den vorliegenden Daten nicht abschließend beantworten. Zwei Trends scheinen sich jedoch abzuzeichnen: Die Krisen haben den bis dahin eher moderaten Anstieg der Einkommensungleichheit beschleunigt. Das obere Ende hingegen, das ist der zweite Trend, scheint von den Krisen mit Blick auf die Einkommen weitgehend unbefeuert geblieben zu sein.

Diese Entwicklungen führen dazu, dass gesellschaftliche Spannungslinien stärker hervortreten. Beispielhaft zeigt sich das an den oben diskutierten Befunden zur Ungleichheit in der politischen Teilhabe. Diese belegen für den März dieses Jahres eine politisch stark ungleiche Gesellschaft. Das Ergebnis lässt sich einfach zusammenfassen: Je geringer das Einkommen, desto geringer ist das Vertrauen in unsere etablierten demokratischen Institutionen und deren Handeln. Das zweite entscheidende Ergebnis: Trotz der stark gestiegenen Wahlbeteiligung bei der vergangenen Bundestagswahl gingen über sieben Prozent der Armen nicht wählen, bei den Reichen war es gerade einmal ein Prozent. Dennoch ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 gerade bei den Armen überproportional angestiegen. Es ist dabei vor allem der AfD gelungen, diese Bevölkerungsgruppe an die Wahlurnen zu bringen. All diese Ergebnisse bestätigen Befunde, die in der Forschung schon länger bekannt sind. Es ist gut belegt, dass Arme grundsätzlich ein niedrigeres politisches Vertrauen haben, insbesondere in sozialstaatliche Institutionen (Busemeyer/Jäger 2025) und eher zu rechtspopulistischen Ansichten neigen (Hertel/Esche 2019). Auch dass der Anteil der Nichtwähler*innen mit sinkendem Einkommen steigt, ist seit Jahren bekannt (vgl. etwa Schäfer 2015).

Dieser Zusammenhang wird weithin auf die subjektiv wie objektiv unzureichende Repräsentanz der Armen auf der politischen Bühne bzw. allgemeiner auf deren politische Marginalisierung zurückgeführt (u.a. Elsässer et al. 2016). In der aktuellen Leipziger Autoritarismus-Studie wird zudem belegt, dass objektive Benachteiligungen, vor allem aber die Wahrnehmung „politischer Deprivation“, also das Gefühl, von politischen Akteuren marginalisiert zu werden, systematisch mit antidebaktrischen Einstellungen und geringem politischen Vertrauen zusammenhängen (Kiess et al. 2024). Die Ergebnisse dieses Verteilungsberichts liefern einen weiteren Beleg dafür, wie stark das Einkommen einer Person deren politische Integration und Teilhabe bestimmt. Das gilt auch mit Blick auf die Wahlentscheidung für die AfD, die in der vergangenen Legislaturperiode ihre Wählerschaft verdoppeln konnte. Die Verunsicherungen und die Belastungen, die durch die Krisen der letzten Jahre ausgelöst wurden, haben der rechtsextremen Partei dabei ebenso in die Hände gespielt wie die allmähliche Normalisierung migrationsfeindlicher Positionen in der Gesellschaft und der Politik (Hövermann 2025). Ein Mechanismus, der die Menschen in die Hände der AfD treibt, scheint dabei das Gefühl relativer Benachteiligung zu sein. Die Wahrnehmung, dass man selbst nicht nur zu wenig vom Kuchen abbekommt, sondern andere auch noch das einem selbst zustehende Kuchenstück erhalten, wird von populistischen Parteien, allen voran der AfD, erfolgreich instrumentalisiert (vgl. Hövermann 2025). Um dies zu erschweren, dürfen die Interessen dieser Bevölkerungsgruppen nicht mehr politisch marginalisiert werden. Neben einer gelingenden politischen Kommunikation aller demokratischen Parteien, die das politische Befinden der Menschen ernst nimmt, sind hierfür einige Maßnahmen besonders geboten:

Stärkung guter Erwerbsarbeit: Eine gut bezahlte, sichere Integration in den Arbeitsmarkt, wo gewünscht in Vollzeit, ist einer der Schlüssel, um die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen zu sichern. Wann, wenn nicht in Zeiten sehr niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Arbeitskräftemangels, soll es möglich sein, gute, tarifgebundene und sozialversicherungspflichtig abgesicherte Arbeitsplätze zu schaffen? Flankierend sind zu diesem Punkt die passgenaue Qualifizierung und maßgeschneiderte Beratung von Menschen an den prekären Rändern des Arbeitsmarktes notwendig. Alle Maßnahmen wiederum, die der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen, erleichtern Alleinerziehenden den Zugang zu angemessener Beschäftigung. Sie erhöhen zudem in Paarhaushalten, vor allem in denen mit Kindern, den Arbeitsumfang – für zahlreiche Haushalte ein Weg heraus aus der Armut.

Stärkung der materiellen Teilhabe: Vor allem für Menschen in Armut gilt es, finanzielle Mittel zielgerichtet zu erhöhen: durch eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt, vor allem aber auch durch angemessenere Transferleistungen. Sowohl die Rentenzahlungen als auch die Leistungen der (neuen) Grundsicherung müssen Menschen eine grundlegende gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Das Vorhaben der Regierungskoalition, das Bürgergeld in die Grundsicherung zurückzuentwickeln, insbesondere die „Anpassung“ der Regelbedarfsleistungen und die Wiedereinführung des „Vermittlungsvorrangs“ – also das Prinzip: „Die schnelle Vermittlung in womöglich nur kurzzeitige Erwerbstätigkeit hat Vorrang vor der nachhaltigen Sicherung einer angemessenen Erwerbstätigkeit“ – sind vor diesem Hintergrund ein Schritt in die falsche Richtung.

Stärkere Besteuerung höchster Einkommen und Vermögen: Eine Erhöhung der Steuern für Top-Verdiener*innen, vor allem aber für Menschen mit Topvermögen, ist aus zwei Gründen relevant: zum einen als Einnahmequelle für den Staat, und zum anderen, um dem Ungerechtigkeitsempfinden vieler Menschen entgegenzutreten. Es gilt, den Spaltensteuersatz anzuheben und die derzeitige pauschale Abgeltungssteuer von 25 Prozent in die progressive Einkommenssteuer einzugliedern. In Zeiten knapper Kassen müssen die Superreichen mehr zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen. Dazu gehört auch die angemessene Besteuerung sehr hoher Erbschaften – wobei „Omas Häuschen“ selbstverständlich weiterhin steuerfrei zu übertragen sein muss – und die Wiederaufnahme der Vermögenssteuer.

Diese Reformen sind zentral, um Armut und Einkommensungleichheit einzudämmen und eine ausreichende Teilhabe aller Bevölkerungsschichten zu sichern. Um das demokratische Miteinander zu stärken und die AfD einzudämmen, sind sie aber nur ein Ansatzpunkt unter vielen. Es ist allerdings klar: Eine gleichere Verteilung materieller Ressourcen und insbesondere die Verringerung von Armut und mit ihr der Abbau struktureller Exklusionsmechanismen für zahlreiche Menschen am unteren Rand der Gesellschaft können dazu beitragen, populistischen Kräften wie der AfD den Nährboden zu entziehen. Der Mechanismus dahinter: Menschen, die an der Gesellschaft voll teilhaben können, die das auch subjektiv wahrnehmen und die ihre Teilhabechancen auch in Zukunft abgesichert sehen, sind für die antidemokratischen Kräfte, die die Klaaviatur von Verunsicherung und Angst zu bedienen wissen, weniger empfänglich.

Friedrich Merz hat in seiner Antritts-Regierungs-erklärung das Erhard'sche Mantra des „Wohlstands für alle“ aufgegriffen und Zweifel – insbesondere jüngerer Generationen – an der Gültigkeit dieses Versprechens nicht ausgeschlossen (Merz 2025). In der Tat: Die Wohlstandszuwächse der letzten Dekade wie auch die Lasten der Krisen waren sozial ungleich verteilt. Von „Wohlstand für alle“ kann keine Rede sein. Sollte sich dies fortsetzen, könnte das als Brandbeschleuniger für die sozialen und politischen Bruchlinien wirken, die an unserer Gesellschaft zerren.



LITERATUR

- Becker, I. (2017):** Kritik am Konzept relativer Armut - berechtigt oder irreführend?, in: WSI Mitteilungen 70 (2), S. 98–107
- Becker, I./Schmidt, T./Tobsch, V. (2022):** Wohlstand, Armut und Reichtum neu ermittelt. Materielle Teilhabe aus mehrdimensionaler Perspektive – Bericht zum ersten Modul des Projekts „Materielle Teilhabe im Lebensverlauf“. Hans-Böckler-Stiftung: Study Nr. 472, Juli 2022, Düsseldorf
- Biewen, M./Juhasz, A. (2012):** Understanding Rising Income Inequality in Germany, 1999/2000 – 2005/2006, in: Review of Income and Wealth 58 (4), S. 622–647
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hrsg.) (2017):** Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hrsg.) (2025):** Lebenslagen in Deutschland. Entwurf zum Siebten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn
- Bundeswahlleiterin (2025):** Bundestagswahl 2025: Endgültiges Ergebnis, https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endguelтиges-ergebnis.html (letzter Zugriff: 29.10.2025)
- Busemeyer, M. R./Jäger, F. (2025):** Sinkendes Vertrauen, zunehmende Ungleichheit? Die Performanz des deutschen Sozialstaats im Spiegel der öffentlichen Meinung. Working Paper April 2025, Cluster of Excellence „The Politics of Inequality“, Universität Konstanz
- Destatis (2024):** Reallohnindex, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/Tabellen/liste-reallohnindex.html#134650> (letzter Zugriff: 29.10.2025)
- Destatis (2025a):** BIP, <https://service.destatis.de/DE/vgr-monitor-deutschland/bip.html> (letzter Zugriff: 29.10.2025)
- Destatis (2025b):** Brutto- bzw. Nettolöhne und -gehälter je Arbeitsnehmer, <https://service.destatis.de/DE/vgr-monitor-deutschland/beschaeftigung.html> (letzter Zugriff: 29.10.2025)
- Destatis (2025c):** Erwerbstätige, Erwerbslose und Erwerbslosenquote, <https://service.destatis.de/DE/vgr-monitor-deutschland/beschaeftigung.html> (letzter Zugriff: 29.10.2025)
- Diermeier, M./Niehues, J. (2024):** Ökonomische Ungleichheit und das Erstarken des rechten Randes – die empirische Suche nach einem Zusammenhang, in: Wirtschaftsdienst 104 (7), S. 448–452
- Dietrich, H./Patzina, A./Lerche, A. (2021):** Social Inequality in the Homeschooling Efforts of German High School Students During a School Closing Period, in: European Societies 23 (sup1), S. 348–369
- DIW (Deutsches Institut der Wirtschaftsforschung) (2024):** Niedriglohnsektor auf Tiefstand, aber Einkommensungleichheit nimmt nicht ab, Pressemeldung vom 31. Januar 2024, Berlin
- Elsässer, L./Hense, S./Schäfer, A. (2016):** Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Forschungsprojekt: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015 (Endbericht), Berlin
- Emmler, H. (2023):** Das WSI-Erwerbspersonenpanel. Hintergründe, Befunde, Ausblick, in: WSI-Mitteilungen 76 (6), S. 452–459
- Fratzscher, M. (2024):** Warum trotz eines schrumpfenden Niedriglohnsektors die Einkommensungleichheit steigt, in: DIW Wochenbericht 91 (6), S. 92
- Fuest, C./Neumeier, F./Peichl, A. (2021):** Verteilungspolitik für mehr Inklusion und Wachstum, in: ifo-Schnelldienst 74 (7), S. 28–31
- Goebel, J./Grabka, M. M./Liebig, S./Kroh, M./Richter, D./Schröder, C./Schupp, J. (2019):** The German Socio-Economic Panel (SOEP), in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 239 (2), S. 345–360
- Grabka, M. M. (2025):** Armutsrisiko stagniert, ist aber bei Menschen mit Migrationshintergrund und Erwerbslosen weiterhin hoch, in: DIW Wochenbericht 42/2025, S. 663–671
- Hertel, F. R./Esche, F. (2019):** Die rechte Mitte? Zur Rolle objektiver Position und subjektiver Verunsicherung für die Identifikation mit rechten Parteien, in: Lübke, C./Delhey, J. (Hrsg.): Diagnose Angstgesellschaft? Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen, Bielefeld, S. 255–286
- Hövermann, A. (2025):** Die Verdopplung des AfD-Elektorats: Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020–2025. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Study Nr. 42, August 2025, Düsseldorf
- Hradil, S. (2015):** Die wachsende Ungleichheit in der Diskussion. Eine Einführung, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft, Bonn, S. 10–29
- IAW (Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung) (2024):** Entwicklungstendenzen der Einkommensverteilung in Deutschland vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie. Forschungsbericht im Rahmen des Siebten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, Berlin
- Kiess, J./Dilling, M./Heller, A./Brähler, E. (2024):** Soziale Ungleichheit, Deprivation, sozialräumlicher Kontext und rechtsextreme Einstellung, in: Decker, O./Kiess, J./Heller, A./Brähler, E. (Hrsg.): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024, Gießen, S. 101–132
- Kohlrusch, B./Zucco, A./Hövermann, A. (2020):** Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 62, November 2020, Düsseldorf
- Kott, K. (2024):** Einkommen, Armutsgefährdung, materielle und soziale Entbehrung, in: Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland, Bonn, S. 194–202

Merz, Friedrich (2025): Regierungserklärung vom 14.05.2025, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-friedrich-merz-2347888> (letzter Zugriff: 31.10.2025)

Niehues, J. (2017): Einkommensentwicklung, Ungleichheit und Armut: Ergebnisse unterschiedlicher Datensätze, in: IW-Trends – Vierteljahrsschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung 44 (3), S. 117–135

Niehues, J./Stockhausen, M. (2024): Aktuelle Trends und Herausforderungen für die Verteilungspolitik. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Verteilungsreport 2024, Köln

OECD (Hrsg.) (2011): Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising, Paris

Pokorny, S. (2022): Wählen oder nicht wählen? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Nichtwahlmotiven bei der Bundestagswahl 2021. Konrad-Adenauer-Stiftung: Analysen und Argumente Nr. 467, Berlin

Pusch, T. (2024): Einkommenseffekte des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland reichen bis in die Mitte der Verteilung. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 82, August 2025, Düsseldorf

Schabram, G./Aust, A./Kipping, K./Rock, J. (2025): Verschärfung der Armut: Paritätischer Armutsbericht, Berlin

Schäfer, A. (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratieschadet, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Band 81, Frankfurt a. M.

Schmid, K. D./Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991–2010. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: IMK Study Nr. 32, September 2013, Düsseldorf

Spannagel, D./Molitor, K. (2019): Einkommen immer ungleicher verteilt. WSI-Verteilungsbericht 2019. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 53, Oktober 2019, Düsseldorf

Spannagel, D./Brüllé, J. (2024): Ungleiche Teilhabe: Marginalisierte Arme – verunsicherte Mitte. WSI-Verteilungsbericht 2024. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 98, November 2024, Düsseldorf

Spannagel, D./Brüllé, J. (2025): Weniger Umverteilung: Warum der Sozialstaat schlechter vor Armut schützt. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 99, Februar 2025, Düsseldorf

Stockhausen, M. (2023): IW-Verteilungsbericht 2023: Einstellungen zur sozialen Mobilität. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Report Nr. 58, November 2023, Köln

Stockhausen, M./Maiworm, K. (2021): IW-Verteilungsbericht 2021: Wohlstand für alle? Inklusives Einkommenswachstum vor Corona. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Report Nr. 36, September 2021 Köln

Unger, B./Bispinck, R./Pusch, T./Seils, E./Spannagel, D. (2013): Trendwende noch nicht erreicht. Verteilungsbericht 2013. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 10, November 2013, Düsseldorf

Uslaner, E. M. (2002): The Moral Foundations of Trust, Cambridge

Wachtler, B./Michalski, N./Nowossadeck, E./Diercke, M./Wahrendorf, M./Santos-Hövener, C./Lampert, T./Hoebel, J. (2020): Sozioökonomische Ungleichheit und COVID-19: Eine Übersicht über den internationalen Forschungsstand, in: Journal of Health Monitoring 5 (S7), S. 3–18

Wingerter, C. (2024): Arbeitsmarkt, in: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland, Bonn, S. 127–143



Tabelle 1

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten 2010 – 2024

Jahr	BIP ¹	Erwerbslosenquote ²	Nettolöhne und -gehälter ³	Reallohnindex ⁴
2010	4,0	6,0	1.688	1,5
2011	3,8	5,1	1.733	1,2
2012	0,6	4,7	1.780	0,6
2013	0,5	4,5	1.821	-0,1
2014	2,2	4,3	1.876	1,7
2015	1,4	4,0	1.931	2,2
2016	2,1	3,6	1.978	1,8
2017	3,1	3,3	2.031	1,0
2018	1,1	2,9	2.097	1,4
2019	1,0	2,7	2.174	1,1
2020	-4,5	3,3	2.178	-1,2
2021	3,9	3,3	2.260	0,0
2022	1,9	2,9	2.352	-4,0
2023	-0,7	2,8	2.549	0,1
2024	-0,5	3,1	2.681	3,1

1) Preis- und kalenderbereinigte Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr, Quelle: Destatis 2025a;

2) Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose), Quelle: Destatis 2025c;

3) Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer*in, monatlicher Durchschnitt in Euro, Quelle: Destatis 2025b;

4) Veränderung der Reallohn gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Quelle: Destatis 2024

WSI

Tabelle 2

Amtliches Endergebnis der Zweitstimmen bei den vergangenen beiden Bundestagswahlen

Angaben in Prozent

Partei	2021	2025
Union	24,2	28,6
SPD	25,7	16,4
Grüne	14,7	11,6
FDP	11,4	4,3
Linke	4,9	8,8
AfD	10,4	20,8
BSW	*	4,9
Sonstige	8,7	4,5
Wahlbeteiligung	76,4	82,5

*Das BSW trat erstmalig bei der Bundestagswahl 2025 an.

Quelle: Bundeswahlleiterin 2025

WSI

GLOSSAR

Dezil: Zehn gleich große Bevölkerungsgruppen vom ärmsten bis zum reichsten Zehntel der Bevölkerung.

Einkommensarmut: Personen, die in Haushalten leben, die über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügen; sind es weniger als 50 Prozent, spricht man von starker Armut.

Einkommensreichtum: Personen, die in Haushalten leben, die über mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens verfügen; sind es mehr als 300 Prozent, spricht man von großem Reichtum.

Gini-Koeffizient: Er gibt an, wie ungleich Einkommen verteilt sind und kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. 0 steht dabei für die völlige Gleichverteilung (alle verfügen über gleich viel Einkommen), der Wert 1 für extreme Ungleichverteilung (eine Person besitzt alles).

Medianeinkommen: Der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen der Größe nach sortiert werden.

Palma-Index: Der Index beschreibt die Ungleichverteilung von Einkommen. Je höher der Palma-Index, desto größer ist die Ungleichheit.

Theil-Index: Er beschreibt die Ungleichverteilung von Einkommen. Bei Gleichverteilung nimmt er den Wert 0 an.

Verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen: Gesamteinkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich staatlicher und privater Transferzahlungen und der Mietersparnis durch selbstgenutzten Wohnraum – in Preisen von 2020 und für unterschiedliche Haushaltstypen standardisiert.

Verfügbares Haushaltseinkommen oder verfügbares Einkommen: Synonym verwendet für verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen.





IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 108, November 2025

WSI Verteilungsbericht 2025

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-18 7

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Satz: Daniela Groß

Kontakt

Dr. Dorothee Spannagel
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-205
dorothee-spannagel@boeckler.de
www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der
Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International
(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)